

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tagesblatt Riesa.
Herausg. Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1392.
Stollasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 149.

Donnerstag, 28. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; bis 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Abdruck, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Gefahr der Entvölkerung.

307. Schon seit einigen Jahren verfolgen Sachleute und Verantwortliche in Deutschland mit immer größerer Besorgnis die Kurve des Geburtenrückgangs. Diese Erscheinung in der Bevölkerungsbewegung des Reiches hat nun, wie sich jeder aus den vom Statistischen Reichsamt vor wenigen Wochen veröffentlichten Angaben überzeugen kann, einen Charakter angenommen, die die oft und sehr betont zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse über die Gefahr einer Entvölkerung Deutschlands nur zu sehr stützen. Noch hat heute das deutsche Volk jährlich einen geringen Geburtenüberschuß zu verzeichnen. Aber die prozentuale Differenz dieses Ueberschusses weicht immer mehr dem Nullpunkt zu, dem Moment, wo die tatsächliche Entvölkerung beginnt. Die Ursachen dieser äußerst betrüblichen Erscheinung liegen ersichtl. in den schwerwiegenden sozialen Verhältnissen des Reiches, dann aber auch in einer Mentalität, die von gewissen „Volksverbessern“ künstlich grobgezoogen wird. Man hat jahrelang in der Öffentlichkeit gepredigt, daß die Not und die Verarmung großer Teile des deutschen Volkes niemals so groß hätte werden können, wenn besonders die Arbeiterfamilien nicht so kinderreich wären. Wenn es sich auch vielleicht nicht ableiten läßt, daß angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage in Deutschland eine Familie mit keinem oder nur ein oder zwei Kindern ein besseres Auskommen hat als eine solche mit zahlreichen Kindern, so läßt sich doch mit Bestimmtheit der Nachweis führen, daß ein kinderarmes Volk niemals die Voraussetzung geschaffen hat für eine Besserung des sozialen Standes der Allgemeinheit. Diese Tatsache lehrt allein schon das Beispiel Frankreichs, wo ein Stillstand des Bevölkerungswachstums trotz jahrelanger Dauer den unteren Volksmassen noch immer keinen Spielraum zu günstigeren Lebensformen geschaffen hat. Alle einschlägigen Sozialwissenschaftler werden versichern können, daß mit „Geburtenreichtum“ an der sozialen Besserung der Gesamtheit nichts geändert wird, daß eine Beseitigung der üblen Verhältnisse nur auf dem Wege einer großzügigen und zweckentsprechenden sozialen Fürsorge für kinderreiche Familien gesichert werden kann. Daß diese Ansicht auch in den Kreisen unserer sozialistischen politischen Parteien Platz gegriffen hat, das lehrt vor kurzem ein Artikel des „Vorwärts“, der mit schärfster Deutlichkeit die durchaus akute Gefahr einer Entvölkerung Deutschlands auf Grund des Geburtenrückgangs feststellt.

Um die ganze Bedeutung dieser Gefahr zu erfassen, halte man sich einmal die wichtigsten Angaben des Statistischen Reichsamts über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1927 vor Augen. Zunächst hat man festzustellen, daß im Jahre 1927 im Gegensatz zu einer vielfach geäußerten Ansicht die Sterblichkeit in Deutschland gestiegen ist. Im Jahre 1913 starben auf 1000 Einwohner im Jahre 14,8, im Jahre 1925 11,9, im Jahre 1926 11,7, im Jahre 1927 dagegen (sich wieder 12,0). Wenn die Differenz der Sterblichkeit im Vergleich zu den Jahren vor dem Kriege gesunken ist, so ist dies nur mit der Tatsache eines Rückganges der Säuglingssterblichkeit in Deutschland zu erklären. Im Jahre 1913 starben von 100 Lebendgeborenen im 1. Lebensjahre 15,1, im Jahre 1927 dagegen nur 9,7. Diese erfreuliche Erscheinung läßt sich leider nicht auf die über ein Jahr alte Bevölkerung des Reiches ableiten. Hier ist die Sterblichkeitsdifferenz von 11,1 auf 1000 im Jahre 1918 nur auf 10,4 im Jahre 1927 zurückgegangen. Da wenig Aussicht besteht, daß diese Differenz im Laufe der nächsten Jahre verbessert wird, so fällt die stinkende Geburtenkurve in Deutschland umso stärker ins Gewicht.

Auch hier sprechen Zahlen eine erschreckende Sprache: Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Lebendgeborenen in Deutschland 1.600.000, im Jahre 1927 betrug sie nur noch 1.160.000, das sind 68.000 weniger als im Vorjahr, 128.000 weniger als im Jahre 1926, 448.000 weniger als im Jahre 1918. Diese Zahlen erstrecken sich nur auf das letzte Reichsgebiet. Dieser Rückgang der Geburten läßt sich noch erschreckender erkennen, wenn man sich die prozentualen Verhältnisse in den letzten Jahren vergegenwärtigt: Es entfielen im Jahre 1918 auf 1000 Einwohner Lebendgeborene 20,9, im Jahre 1920 25,9, im Jahre 1921 25,2, im Jahre 1922 22,9, im Jahre 1923 21,0, im Jahre 1924 20,4, im Jahre 1925 19,0, im Jahre 1927 18,8. Das besagt mit anderen Worten, daß in den Jahren von 1920 bis 1927, also in knapp sieben Jahren, die Geburten in Deutschland um 28 Prozent gefallen sind. Diese katastrophale Tatsache wird noch bestimmender, wenn man hört, daß im Jahre 1925 die Zahl der Lebendgeborenen um 548.000 höher als die Zahl der Sterbenden, im Jahre 1926 dagegen nur noch um 498.000, im Jahre 1927 nur noch um 408.000 höher war. Aus diesen feststehenden statistischen Angaben kann sich jeder ein Bild davon machen, wann bei einer gleichbleibenden Entwicklung das Wachstum der deutschen Bevölkerung zum Stillstand gelangen wird.

Angesichts solcher Feststellungen, die leider in der deutschen Öffentlichkeit nicht so beachtet werden, wie sie es unbedingt verdienen, gewinnt das deutsche Bevölkerungsproblem eine Bedeutung, an der der Staat nicht mehr teilnahmslos vorübergehen kann. Da die Ursachen des Geburtenrückgangs neben einer gewissen Mentalität in der Hauptursache in der Verarmung der breitesten Volksschichten zu suchen sind, so ist hiermit schon der Hinweis gegeben, wo der Hebel für eine Beseitigung der Entvölkerungsgefahr anzusetzen ist. Der Plan einer Elternschaft- oder Kinderrentenversicherung ist schon des öfteren in der Öffentlichkeit debattiert worden. Die letzten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts werden vielleicht jetzt den Antriebs geben, daß dieser Plan nunmehr mit einer etwas erhöhten

Der Reichstag für Dienstag einberufen. Die Regierungsbildung abgeschlossen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Regierungsbildung gilt jetzt als gesichert. Der Reichstag hat für Dienstag nächster Woche 8 Uhr die nächste Reichstagsitzung anberaumt. Nach der Regierungserklärung des Reichskanzlers Müller will sich der Reichstag dann auf Mittwoch verschieben. Das Arbeitsministerium dürfte, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, der sozialdemokratische Abg. Willell übernehmen, während für das Reichsjustizministerium annähernd der demokratische Abg. Koch-Weser als 2. demokratisches Kabinettsmitglied in Aussicht genommen ist. Der frühere sozialdemokratische Reichsjustizminister Professor Ruch habe eine Übernahme des Ministeriums abgelehnt.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Nach der Aussprache über die Regierungserklärung, die zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird in den Vollversammlungen des Reichstags eine kurze Pause eintreten. Der Reichstag will, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, versuchen, die Amneitiesanträge noch vor den Sommerferien erledigen. Zu diesem Zweck soll der Reichsausdruck jetzt schon die Bearbeitung der Amneitiesfrage aufnehmen.

Abd. Berlin. Der Mittwoch wurde, wie bereits geteilt, ausgefüllt durch lange und schließlich doch erfolglose Verhandlungen zwischen dem Abg. Müller-Franken und den Führern der Zentrumsfraktion über die in jüngster Zeit vom Zentrum aufgestellte Forderung, daß entweder der Abg. Dr. Wittich neben dem Verkehrsministerium den Vizekanzlerposten beibehalten werden sollte. Der Zentrumsvizekanzler Müller-Franken hat die Forderung abgelehnt. Gegen die Wiedererfassung eines Vizekanzlerpostens hat Reichspräsident v. Hindenburg große Bedenken. Abg. Müller-Franken versuchte wiederholt, den Abg. Brauns zur Übernahme des Arbeitsministeriums zu bewegen, das Zentrum blieb aber auf dem Standpunkt stehen, daß es den ihm notwendig erscheinenden politischen Einfluß nur gewährt, wenn ihm der Vizekanzler oder der Reichsinnenminister zugeordnet werde. Abg. Müller und die sozialdemokratische Fraktion betonten andererseits, daß sie auf das Innenministerium, für das schon am ersten Tag der Regierungskrise ohne Widerspruch der übrigen Fraktionen der frühere preussische Innenminister Seevering benannt worden sei, nicht verzichten könnten. Dagegen seien sie bereit, dem Zentrum auch das Reichsfinanzministerium oder das Reichsjustizministerium zu überlassen.

Abends begab sich Abg. Müller-Franken zum Reichspräsidenten v. Hindenburg und trug ihm die Forderungen des Zentrums vor. Der Reichspräsident blieb dabei, daß er ein Bedürfnis für das Amt eines Vizekanzlers nicht erkenne. Er müsse, wie es in dem über die Unterredung ausgegebenen amtlichen Kommuniqué heißt, es auch ablehnen, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts bindende Vorarbeiten machen zu lassen. Er erbat den Abg. Müller, daß der Zentrumsfraktion mitzuteilen und ihm Donnerstag früh über seine Besprechungen mit dem Zentrumsvorstand zu berichten.

Auf die Mitteilung des Abg. Müller von dieser Stellungnahme des Reichspräsidenten erklärte der Zentrumsvorstand, daß er bei seinen Beschlüssen nicht als Erfolg für das Innenministerium ansehen könne. Da die sozialdemokratische Fraktion nach diesen Verhandlungen in einer Sitzung einmütig an der Belegung des Reichsinnenministeriums durch den Abg. Seevering festhielt, scheint zunächst das letzte Regierungsprojekt des Abg. Müller gescheitert zu sein, denn Abg. Müller-Franken hat dem Reichspräsidenten erklärt, er könne ohne Einziehung von Vertretern der Zentrumspartei eine Regierung auf tragfähiger Grundlage nicht bilden.

Hermann Müller verhandelt weiter.

Berlin. (Funkpruch.) Abg. Müller-Franken erbat heute vormittag 9 Uhr 30 dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über seine im Laufe des gestrigen Abends und der heutigen Morgenstunden mit Vertretern des Zentrums geführten weiteren Besprechungen in der Frage der Zusammenfassung der Reichsregierung. Abg. Müller-Franken wird mit Einverständnis des Herrn Reichspräsidenten seine Verhandlungen auf der in diesen Besprechungen neu gewonnenen Basis fortsetzen. Er hofft, im Laufe des heutigen Nachmittags dem Herrn Reichspräsidenten seine endgültigen Vorschläge über die Belegung der einzelnen Ministerposten machen zu können.

Berlin. (Funkpruch.) Die neugewonnene Grundlage, auf der Abg. Hermann Müller nach seinem Bericht dem Reichspräsidenten die Verhandlungen über die Regierungsbildung fortsetzt, besteht, wie das Nachrichtenbüro des

V.D.Z. erfährt, darin, daß der Zentrumsvizekanzler von Guzzard als Verbindungsmann des Zentrums, aber ohne Bindung seiner Fraktion, das Verkehrsministerium und das Ministerium der besetzten Gebiete übernehmen soll.

Abg. Müller empfing nach seinem Besuche beim Reichspräsidenten den Zentrumsvizekanzler Dr. Brauns, dann die sozialdemokratischen Abg. Dittmann und Uebe und dann auf die Zentrumsvizekanzler Stegerwald und Oser.

Berlin. (Funkpruch.) In einer Besprechung mit dem Abg. Koch-Weser (Demokrat) hat Hermann Müller diesem das Justizministerium an. Koch hat, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, die Annahme dieses Postens von der Zustimmung seiner Fraktion abhängig gemacht, die um 14 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammentritt.

Die weiteren Verhandlungen des Abg. Müller-Franken führten zu dem Ergebnis, daß der Abg. Willell (Soz.) sich bereit erklärte, das Reichsarbeitsministerium zu übernehmen. Wie wir aus demokratischen Kreisen hören, ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die Fraktion mit der Übernahme des Reichsjustizministeriums durch den Abg. Koch-Weser einverstanden erklärt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat gleichfalls noch längerer Aussprache dem Ergebnis der Verhandlungen ihrer Unterhändler zugestimmt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

bleibt heute eine Sitzung ab, in der Abg. Hermann Müller-Franken über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet. Nach kurzer Aussprache gab die Fraktion mit einer gegen 9 Stimmen ihre Zustimmung zum Eintritt des sozialdemokratischen Ministers in das neue Reichskabinet.

Die Liste der neuen Reichsminister.

Berlin. (Funkpruch.) Die Ministerliste, die dem Reichspräsidenten um 5 Uhr vorgelegt werden wird, weist nunmehr, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, folgende Namen auf:

- Reichskanzler: Hermann Müller (Soz.)
- Besetzte Gebiete u. Verkehr: v. Guzzard (Ztr.)
- Inneres: Dr. Stresemann (Deutsche Volksp.)
- Finanzen: Seevering (Soz.)
- Arbeit: Willell (Soz.)
- Wirtschaft: Dr. Curtius (Deutsche Volksp.)
- Finanzen: Dr. Dillenberg (Soz.)
- Justiz: Koch-Weser (Demokrat)
- Reichswehr: Dr. Groener
- Ernährung: Dietrich-Raben
- Volk: Schäkel (Bayerische Volkspartei).

Die Bestätigung dieser Liste durch den Reichspräsidenten gilt als sicher.

Vertrauensvotum der Deutschen Volkspartei für Dr. Scholz.

Abd. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat über ihre Fraktionsführung, die am Mittwoch vormittag begann und fünf Stunden dauerte, folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Mittwoch vormittag 11 Uhr zu einer mehrtägigen Sitzung zusammen. Es wurde zunächst, und zwar in geteilter Abstimmung, folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Fraktion dankt ihrem Vorsitzenden und Führer auf das wärmste für seine nun fast fünf Jahre währende unermüdete opferwillige und erfolgreiche Arbeit im Dienste für Fraktion, Partei und Vaterland, insbesondere auch für die geschickte und selbstbewusste Führung der Verhandlungen zur Regierungsbildung in den letzten Wochen und spricht ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.“

Des weiteren wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die Fraktion stellt fest, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine künftige enge Fühlung aller an den politischen Entscheidungen Beteiligten untereinander und mit dem Fraktionsführer voraussetzt und erwartet daher, daß dementsprechend von allen Fraktionsmitgliedern verfahren wird.“

Am Schluß der Sitzung wurde noch folgende Entschliessung angenommen: „Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht überflüssig zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Minderheitsvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.“

Zorgsamkeit geprüft wird. Ist es doch eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes und eine Existenzfrage für den Staat

als solchen, daß Erscheinungen einer Entvölkerungsgefahr unbedingt beseitigt werden.